

Meves aktuell

80.000 Bürger atmen hierzulande auf. Ihr Protest in mehreren Petitionen an die neu gewählte Frau Familienministerin hat Erfolg gezeigt: Die Bemerkung auf ihrer Homepage über ihren Plan, eine Kita-Pflicht ab der 3-Jährigkeit einzuführen, hat über die allgemeine Empörung darüber die erhoffte Wirkung gezeigt. Die Frau Ministerin, Franziska Giffey, hat diese anrühige Andeutung aus ihrer Homepage entfernen lassen und einen beschwichtigenden Rückzieher gemacht.

Diese Gegebenheit ist für die Gruppierung von Menschen, die auf dem demokratiefähigen Elternrecht in der Kindererziehung beharren, außerordentlich ermutigend; denn das zeigt als Erstes, dass die digitale Veränderung, in die wir nun seit ca. 30 Jahren hineingeworfen sind, nicht einfach nur Negatives hervorruft. Es hat sich die hocheureliche Tatsache ergeben, dass eine viel stärkere Vernetzung bei Menschen, die das Zeitgeschehen wach verfolgen, möglich geworden ist. Das kommt in Bezug auf die Familienpolitik einem Befreiungsschlag gleich; denn dies gilt es - auch angesichts der neu geschaffenen Regierung -, ins Bewusstsein zu nehmen bzw. im Bewusstsein zu behalten: Der ministeriale Ausrutscher lässt doch ahnen, dass der Trend zur Kollektivierung unserer Kinder - stufenweise der immer Kleineren - keineswegs geändert wird! Er ist ja auch nicht im mindesten neu! Er besteht vielmehr seit der Mitte der 60er Jahre und ist mit dem Schub der 68er Revolte sogar zu einem fast allen sichtbaren Fanal geworden. Auf dem Boden vom alten Marx und zahlungsfähigen Engels hat sich die Kollektivierung der Massen sogar schon seit dem 19. Jahrhundert wie ein Pilz in die Gesellschaften eingeschlichen. Mit dem Beginn der 70er Jahre ist im linken Trend der Regierungen Brandt und Schmidt die linke Vorstellung von einer möglichst frühen Kollektivierung auch der Kinder schleichend, aber sukzessiv weitergeführt worden. Aus den örtlichen Kleingrundschulen wurden zentrierte Großschulen, aus dem Vorrang der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder wurde eine Tendenz zur Einführung von Kinderrechten, z.B. mithilfe eines die Eltern entmachtenden Jugendhilfegesetzes. Nach der Wende wurden die staatlichen Erziehungsmodelle der ehemaligen DDR auch in der Vorschulerziehung absurderweise zu einem Zukunftsmodell! (Konnte es nicht jedermann sichtbar werden, dass die DDR dadurch pleiteging?)

Das Familienmodell im Grundgesetz von 1949 geriet hingegen auch in der

vereinigten Republik immer mehr in Misskredit. Und nicht nur das: Verantwortungsbewusste Eltern, die diese Entwicklung voller Unruhe als ungut empfanden, wurden, falls sie Einfluss in der Öffentlichkeit zu entwickeln suchten, immer mehr an den Rand gedrängt, ja, einzelne Familien, die auf ihrer Dominanz als Eltern beharrten, wurden von ihrem Umfeld derartig angefeindet, dass diese Phalanx - schon ganz und gar nach der Einführung der digitalen Medien - in der Versenkung verschwand. Es wurde nun existenzgefährdend, dem Zeitgeist zu widerstehen!

Als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin ließ sich die Entwicklung in den frühen 70er Jahren durch die Zunahme der Verhaltensstörungen der Kinder sehr deutlich machen. Glückliche Kleinkinder in der Nähe ihrer Mütter wurden immer seltener. Hingegen wuchs die Zahl von zunehmend trotzig wütenden, schwer lenkbaren Kindern, die durch immer mehr Unruhe, durch Konzentrationsmangel in der Schule (ADHS), durch Naschsucht, durch Essverweigerung, durch Selbstbeschädigungen, durch Einnässen bis ins Schulalter hinein, durch Stuhlverhaltungen und Verlangsamung beim Lernen etc. auffielen. Ich begann ab 1970 zu warnen und Prognosen für das nächste Jahrhundert zu stellen; denn diese Fehlverhaltensweisen sind lediglich die Erstsymptome von Beeinträchtigungen, die sich im Erwachsenenalter als Störungen, besonders in Depressionen, Süchten, Loser-Sein und Aggressionen bis zur Kriminalität auswirken würden. Für eine Fachfrau der neoanalytischen Schule lag dafür zwar eine voll strukturierte Psychopathologie längst bereit. Und es ließ sich auf dieser Basis erkennen, dass dieser so schwer und nachhaltig prägende Krankenstand sich vermeiden ließe - vor allem durch viel persönliche Nähe, am besten bei gesunden natürlichen Eltern, die besonders in den ersten sieben Lebensjahren auf dem Posten stehen. Kinder, die sich in ihrer Vorschulzeit fremd und allein gelassen fühlen, halten das offenbar selten ohne Traumatisierung aus! Aber nun das Erschreckende: Ohne jede Einsicht in die zunehmenden negativen Erfahrungen nahm der kollektivierende Trend ungehindert zu, führte nun zu einer Aufstockung der Kindergärten, zu Ganztagskitas und vor allem zur Einrichtung der Krippen für die 0-3-Jährigen. Nicht dass aufmerksame Eltern ruhig blieben: Verantwortungsbewusste Vereine machten Kongresse und schlugen auf diesen nachhaltig Alarm. "Man kann doch die Mütter mit ihrer so erfüllenden zentralen Berufung als Frau nicht einfach diskriminieren, nicht Mutterschaft zu einer 'Falle' erklären und den Kindern ihre so maßgebliche Basis für eine gesunde Entfaltung immer mehr entziehen!", rief ich unablässig in die deutschsprachigen Länder

hinein. Unser Verein "[Verantwortung für die Familie e.V.](#)" begann auf seinen Tagungen Petitionen an die Regierung nach Bonn zu schicken, nach dem Motto: Wer kritisiert, muss etwas Besseres im Köcher haben! 2002 haben wir z.B. auf einer unserer Tagungen eine "Resolution zur Förderung der Familie" erstellt. Darin heißt es:

"Die Mehrheit junger Eltern möchte ihre Kinder selbst erziehen. Junge Mütter geraten als 'Heimchen am Herd' ins gesellschaftliche und ökonomische Abseits. Sie haben jedoch kein geringeres Recht als die Männer, gesellschaftlich anerkannt und finanziell unabhängig zu sein.

Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland brauchen also eine Konzeption, die die Familie anerkennt und funktional zur Geltung bringt, ohne dass dies die Frauen in eine Sackgasse führt."

Folgende Konzeption wurde vorgeschlagen:

"1. Die werdende Mutter kann, sobald ihre Schwangerschaft ärztlich festgestellt worden ist, in eine spezifische Berufsausbildung eintreten, die mit einem Zertifikat abschließt. Pädagoginnen mit Familienerfahrung führen die Ausbildung durch.

2. Nach der Geburt des Kindes erhält die Mutter den Anspruch auf ein Gehalt samt Rentenanspruch.

3. Ihre Erziehungsarbeit wird von Fortbildungen, etwa im 4-wöchigen Turnus, begleitet, an denen auch die Väter teilnehmen können.

4. Bei den Wahlen erhält die Mutter so viele Stimmen, wie sie unmündige Kinder hat.

5. Wird das jüngste Kind 14 Jahre alt, kann sich die Mutter zur Ausbildungsleiterin für junge Mütter und andere entsprechende soziale Tätigkeiten ausbilden lassen. Analog können sich Großmütter betätigen, z.B. als Adoptivgroßmütter in jungen kinderreichen Familien.

6. Zur Entlastung junger Mütter mit mehreren Kindern wird ein 'Freiwilliges Familien-Jahr' eingeführt.

7. Jede Mutter kann aus ihrem Beruf ausscheiden und eine andere Tätigkeit ihrer Wahl ausüben.

Diese Regelungen werden die Gesellschaft qualitativ vorwärtsbringen, die Bevölkerungsimplosion aufhalten und unser Land aus der Existenzkrise auf folgende Weise herausholen:

- Mütter sind mit anderweitig Berufstätigen gleichberechtigt und finanziell unabhängig, auch im Hinblick auf den Tod bzw. die Untreue des Partners.
- Ungeplante Schwangerschaften brauchen nicht so oft zur Abtreibung führen: Der Lebensunterhalt der Mutter ist gesichert, ohne dass sie ihr Kind aufgeben müsste. Ihre Erfahrungen werden gesellschaftlich genutzt und eröffnen ihr auch in der zweiten Lebenshälfte Perspektiven.
- Durch die begleitenden Fortbildungskurse geht die Zahl schwerer Fehlentwicklungen - und auch die Isolation der 'Grünen Witwen' - zurück.
- Die Arbeitslosigkeit wird reduziert. Kranken- und Sozialhilfekosten gehen deutlich zurück: Kinder reifen im gesunden Umfeld zu seelisch stabilen Erwachsenen.
- Das schulische Leistungsniveau hebt sich, wenn junge Mütter sich, planvoll angeleitet, mit ihren Kindern im Vorschulalter beschäftigen und ihnen z.B. durch Vorlesen die Freude an Büchern und am schulischen Lernen vermitteln.

Die Kosten sind langfristig (erst recht kurzfristig) niedriger als die Beträge, die das flächendeckende Aufstocken und der Betrieb von Krippen, Kinderhorten, -tagesstätten und Ganztagschulen verursachen. Da das Familien-Modell psychisch intakte, handlungs- und demokratiefähige Menschen hervorzubringen verspricht, ist es, wenn man Zukunft des christlichen Abendlandes will, vom Ergebnis her eine entscheidende Einsparung" (im Staatssäckel).

Heute, 16 Jahre später, wäre dieses Modell immer noch sinnvoll - in letzter Stunde gewissermaßen gegen das Schwach-krank-und- unglücklich-Werden in der Bevölkerung, besonders in der jungen Generation. Es muss weiter nachhaltig gewarnt werden. Der zerstörerische Trend ist einsichtslos weiterhin das zentrale Modell in unserer Gesellschaft. Nicht nur der 50-jährige Kinderschwund, sondern vor allem die psychische Verelendung in der jungen Generation, ihre Minderung von Leistungs- und Liebesfähigkeit muss bei allen Menschen mit einem gesunden Menschenverstand Daueralarm hervorrufen.

Fassen wir neuen Mut! Per Internet können wir, die Familienbefürworter, nun noch viel mehr Menschen bewegen, wie das zur Änderung im Trend einer demokratischen Regierung nötig ist. Das ist jetzt besser möglich geworden und in höchster Zukunftsgefährdung neu gefragt.

Siehe auch: [Meves, Christa.: Verführt. Manipuliert. Pervertiert. S. 13ff: Der Staat greift nach den Kindern. 5. Aufl., Gräfelting 2002.](#)